

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Stephan Gamm, Franziska Rath,
Carsten Ovens, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Den Verkehrssenator beim Wort, den Umweltsenator an die Kandare nehmen – Bürgerschaft und Senat müssen sich ebenfalls gegen generelle Fahrverbote in Form der „Blauen Plakette“ aussprechen

Mobilität ist für Hamburg als Zentrum einer Metropolregion mit über 5 Millionen Einwohnern und Hafenstandort von Weltrang ein entscheidender Standortfaktor. Verkehrsbedingte Umweltbelastungen gilt es, durch einen Mix aus technischen Innovationen, gezielten Anreizen und einer europaweiten Harmonisierung der Abgasregelungen weiter zu verringern. Mobilitätmitdenkende Gebote statt mobilitätsschädlicher Verbote sind das Mittel der Wahl.

Es ist daher erfreulich, dass sich Senator Horch am 18. April 2018 anlässlich der Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) in Nürnberg in einer Pressemitteilung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI)¹ gegen die sogenannte Blaue Plakette ausgesprochen hat. Der Plan hinter dieser „Einstiegsdroge in generelle Fahrverbote“ (zitiert nach Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer)² ist nämlich, dass durch eine Fortschreibung der Kennzeichnungsverordnung bestimmte Stadtteile zu Zonen erklärt werden, die nur noch von Kraftfahrzeugen (Kfz) und Kraftträdern (Krad) befahren werden dürfen, die die Anforderungen an viel zu hohe Abgasnormen erfüllen. Eine derartig gestaltete Plakette würde 10 – 13 Millionen Pkw in ganz Deutschland und Hunderttausende in Hamburg betreffen. Privatpersonen, Handwerksbetriebe, Taxibetreiber, Logistikunternehmen, öffentliche Einrichtungen und viele Weitere würden in den betroffenen Gebieten vor unlösbare Verkehrsprobleme gestellt, die noch schwerwiegender als die schon massiven, mobilitätsschädlichen Einschränkungen infolge der für die Max-Brauer-Allee und die Stresemannstraße angeordneten Fahrverbote wären.

Denn alleine hiervon sind die Fahrer und Halter von rund 239.000 in Hamburg zugelassenen Dieselfahrzeugen betroffen, die nicht die Abgasnorm Euro 6 beziehungsweise Euro VI erfüllen, wie der Senat in der Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs. 21/8938) eingestehen musste. Diese Menschen können fortan in unserer nicht mehr ungehindert von A nach B fahren. In Hamburg entsteht ein „Verkehrsflickenteppich“. Durch eine auf ganze Stadtteile oder die komplette Stadt ausgeweitete „Blaue Plakette“ würde aus diesem Flickenteppich sogar eine mobilitätsfeindliche Verbotszone.

Die CDU hatte sich daher bereits im April 2016 mit Drs. 21/4242 für „Mehr Mobilität mit weniger Emissionen“ und gegen eine „Umweltzone-light durch blaue Plakette in Hamburg“ eingesetzt. Anlass damals war das von Umweltsenator Kerstan auf einer Sondersitzung der Umweltministerkonferenz (UMK) vom 7. April 2016 durchgeboxte Plädoyer für generelle Fahrverbote in Form einer „Blauen Plakette“: Der CDU-Antrag wurde seinerzeit mit den Stimmen von SPD, LINKE und GRÜNEN abgelehnt.

¹ <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/10936206/2018-04-18-bwvi-blaue-plakette/>, letzter Zugriff: 20.4.2018.

² <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/andreas-scheuer-blaue-plakette-waere-einstiegsdroge-aid-1.7484933>, letzter Zugriff: 20.4.2018.

Der aktuelle Vorstoß von Verkehrssenator Horch ist begrüßenswert und deutet darauf hin, dass ein Umdenken im Senat in dieser Angelegenheit stattgefunden hat. Diesen erfreulichen Sinneswandel gilt es nun, erstens durch ein klares Bekenntnis im Sinne des Verkehrssenators zu bestärken und zweitens über reine Rhetorik hinaus in konkretes Handeln des gesamten Senats zu übertragen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

- I. Die Bürgerschaft spricht sich gegen Einfahrverbote von Fahrzeugen in Städte und die Einführung der „Blauen Plakette“ aus. Fahrverbote sind keine angemessene verkehrspolitische Antwort. Sie konterkarieren die Aufgabe der Städte, die Mobilität zu sichern.
- II. Der Senat wird aufgefordert,
 1. sich analog zum Präses der BWVI gegen die Einführung einer „Blauen Plakette“ auszusprechen.
 2. sich im Rahmen der vom 6. – 8. Juni 2018 in Bremen stattfindenden Umweltministerkonferenz der Länder (UMK) gegen die Einführung einer „Blauen Plakette“ auszusprechen.
 3. eine Bundesratsinitiative gegen die Einführung einer „Blauen Plakette“ zu starten.